

D1 Stacheldraht zu Altmetall – United we fight!

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 23.06.2023
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Europa – eine Idee des Friedens. Doch Frieden für wen?
2 Über 55.000 Menschen gelten seit 2014 nach ihrer Flucht über das Mittelmeer als
3 vermisst – viele von ihnen sind dabei verstorben. Menschen, die es bis nach
4 Italien, Spanien oder Griechenland schaffen, erlebten dort weitere Gewalt: Durch
5 Grenzschutzbehörden, die Polizei oder Angriffe von Neonazis. Und während all das
6 bereits seit Jahrzehnten bittere europäische Realität ist, soll nun die Mauer um
7 Europa noch höher gebaut werden. Humane Asylpolitik? Fehlanzeige!

8 Weitere Entrechtung von Geflüchteten – Nicht mit uns!

9 Statt sich der Gewalt und den unzähligen Menschenrechtsverletzungen
10 entgegenzustellen, plant die EU, die Regierungen der europäischen Länder und
11 deren Innenminister*innen gegenwärtig die größte Einschränkung des Asylrechts
12 seit seiner Einführung nach dem Zweiten Weltkrieg. Asylanträge sollen zukünftig
13 nur noch in Außengrenzverfahren gestellt werden können. Angeblich wäre das
14 schneller, doch in Wahrheit entrechtet es Flüchtende nur weiter.

15 Monatelang sollen die Menschen an den Außengrenzen unter Haftbedingungen in
16 Massenlager verbringen, während die Zulässigkeit des Antrags geprüft werden
17 soll. Wenn Menschen über einen als angeblich „sicher“ eingestuften Drittstaat
18 einreisen, wird der Antrag abgelehnt. Weil die Kriterien, wann ein Staat als
19 „sicher“ gilt, weiter heruntergeschraubt werden und – trotz klarer
20 Verfassungswidrigkeit – sogar Teilgebiete von Staaten so eingestuft werden
21 sollen, wird das individuelle Asylrecht massiv in Frage gestellt. Die Folge:
22 Noch mehr unmenschliche Abschiebungen.

23 Selbst das zutiefst unmenschlich und an koloniale Denkmuster angeknüpfte System,
24 wie es gerade zwischen Großbritannien und Ruanda herrscht, ist in Europa damit
25 nicht ausgeschlossen. Sogenannte „nationale Auslagerungsstrategien“ sollen
26 ermöglichen, dass Menschen in Drittstaaten abgeschoben werden, zu denen sie
27 nahezu keine Verbindung haben. Die rechtswidrige und unmenschliche Praxis der
28 Pushbacks wird nicht nur teilweise legalisiert, sondern noch weiter zunehmen, da

29 die Außengrenzstaaten weiterhin mit der Aufnahme der Menschen alleine gelassen
30 werden.

31 Statt individueller Prüfung der Fluchtgründe steht dann eine möglichst schnelle
32 Abfertigung der Menschen als oberste Priorität. Rechtsstaatliche Verfahren und
33 Menschenrechte werden somit an den Außengrenzen noch weiter
34 eingeschränkt. Abschiebungen in unsichere Drittstaaten und (Ketten-)Abschiebungen
35 werden somit deutlich ausgeweitet. Für jeden Schutzsuchenden ist das eine
36 unmenschliche Behandlung – für vulnerable Gruppen wie Frauen, Queers und viele
37 andere Menschen eine tödliche Gefahr. Statt der versprochenen „No more Morias“
38 heißt das, dass solche unmenschlichen Lager zum europäischen Standard werden.

39 **Den Abschottungsdystopien entgegenstellen!**

40 Diese Asylrechtsverschärfungen sind unhaltbar für uns. Das haben wir in den
41 vergangenen Wochen, auf allen Ebenen – vom kleinsten Kreisverband, als
42 Landesverbände und als Bundesverband - lautstark klar gemacht. Gemeinsam mit
43 unseren Bündnispartner*innen wie ProAsyl, der Seebrücke, lokalen
44 Geflüchteteninitiativen oder den anderen Jugendorganisationen organisierten wir
45 im gesamten Land Demonstrationen. Bündnisse, die es vor ein paar Wochen noch gar
46 nicht gab, sind aus dem Boden gesprossen. Bündnisse, mit denen wir auch in
47 weitere linke Konflikte gehen können. Die Zustimmung Deutschlands zur bisherigen
48 europäischen Einigung ist falsch. Das haben wir auch innerhalb der Partei klar
49 gemacht und durchgesetzt.

50
51 Wir konnten – in der Zivilgesellschaft und in der Grünen Partei – eine Gegenwehr
52 aufbauen, die viele vermutlich gar nicht erwartete hatten. Und nur durch diesen
53 lautstarken, gemeinsamen Protest konnten wir so viel Druck aufbauen!
54 Die geplanten Reformen werden voraussichtlich noch über Jahre weiter verhandelt
55 werden. Wir werden weiterhin für Menschen auf der Flucht kämpfen. Wir werden
56 weiterhin die geplanten Reformen des Asylsystems aufs schärfste kritisieren –
57 und dagegen ankämpfen. Denn noch sind diese tödlichen Pläne nicht beschlossen.
58 Wir erwarten von der Grünen Partei & den Verantwortungsträger*innen, sich
59 ebenfalls aufs Härteste für einen verpflichtenden Verteilungsmechanismus und die
60 Verhinderung von Haft einzusetzen. Es darf nicht ein bisschen weniger
61 Asylrechtsverschärfungen geben, sondern es braucht eine radikale Kehrtwende hin
62 zu Menschenrechten und Humanität.

63 **Rassistische Migrationspolitik hat System!**

64 Der unmenschliche Umgang mit Flüchtenden ist rassistisch. Menschen wird der
65 Zugang zum Arbeitsmarkt, zu Wohlstand oder grundsätzlich überhaupt Asylverfahren
66 verwehrt, weil sie an einem bestimmten Ort geboren sind und einen bestimmten
67 Pass haben. Es reicht nicht, die Asylrecht-Verschärfungen nur auf einer
68 moralischen Ebene zu kritisieren. Denn die rassistische Grenzpolitik der EU, die

69 Abschottung, wachsender Rechtspopulismus und Hetze gegen Geflüchtete haben
70 unmittelbar mit dem kapitalistischen System zu tun.

71 Fluchtursachen sind vielfältig. Was sie aber verbindet, ist die Tatsache, dass
72 sie eine Konsequenz der globalen Wirtschaftsweise sind, in der die Profite von
73 Wenigen wichtiger als ein gutes Leben für uns alle ist. Egal ob
74 Umweltkatastrophen, die durch die globale Klimakrise von transnationalen
75 Konzernen angefeuert werden, oder wirtschaftliche und soziale Schieflagen, die
76 Ländern durch Sparmaßnahmen anderer Länder auferlegt werden – das Profitstreben
77 im Kapitalismus nimmt keine Rücksicht auf die Sicherheit und gute
78 Lebensbedingungen von Menschen weltweit. Das Handeln von den Regierungen im
79 wirtschaftlichen Zentrum des globalen Kapitalismus führt unmittelbar zu
80 Umständen, die Menschen zur Flucht zwingen.

81 Gerade Staaten die davon besonders profitieren, wie Deutschland, die USA oder
82 andere europäische Länder, schotten sich ab und bauen gewaltsame Grenzen. Diese
83 Abschottung passiert, um den Wohlstand der jeweiligen Nation aufrecht erhalten
84 zu können und das nationale Kapital zu schützen. Diese Entwicklung ist also
85 nicht einfach moralisch falsch, sondern eine logische Konsequenz für Staaten im
86 kapitalistischen Wettbewerb mitzuhalten.

87 Nicht nur der rassistische Umgang mit Menschen auf der Flucht ist unserem
88 kapitalistischen System geschuldet. Auch wenn es Migrant*innen beispielsweise
89 nach Deutschland schaffen, werden sie in teils rechtswidrigen Verhältnissen
90 besonders stark auf dem Arbeitsmarkt ausgebeutet. Durch Arbeitsmarkt- und
91 sozialpolitische Gesetze werden migrantisierte Menschen in Deutschland in
92 deutlich schlechter bezahlte Jobs gedrängt. Auch hier wird rassistische
93 Migrationspolitik sichtbar.

94 Seit Jahren lässt sich bei konservativen und liberalen Parteien die Strategie
95 beobachten, durch einen (vor allem asylpolitischen) Rechtsruck
96 rechtspopulistischen Kräften den Rang abzulaufen. Diese Strategie ist
97 gefährlich, falsch und wir verurteilen sie aufs Schärfste! Rechte Framings
98 aufzunehmen, schwächt Rechtspopulist*innen nicht, sondern im Gegenteil:
99 Rechtspopulist*innen werden gestärkt und Asylrechtsverschärfungen gehen mit
100 verstärktem Rassismus einher. Eine restriktive und rassistische Asylpolitik ist
101 also nicht nur ein massiver Angriff auf die Rechte und die Sicherheit von
102 flüchtenden Menschen. Sie ist auch eine akute Gefährdung aller migrantisierter
103 Menschen, auch hier in Deutschland! So sind im letzten Jahr deutlich mehr
104 Angriffe auf Geflüchtetenunterkünfte verübt worden – und in den ersten drei
105 Monaten diesen Jahres haben sich die Angriffe nochmal verdoppelt.

106 Rassismus und rechtspopulistische Erzählungen verfangen bei vielen Menschen
107 deshalb so gut, weil sie eine einfache Antwort auf Abstiegsängste,
108 Existenzsorgen und Unsicherheit geben. Solche besorgniserregenden Erfahrungen
109 machen viele Menschen – oft aber vor allem auch migrantisierte Menschen. Für uns

110 steht fest: Wir lassen uns durch Rassismus nicht spalten und kämpfen gemeinsam
111 für bessere Arbeitsbedingungen und wirklich sichere soziale Absicherungssysteme!

112 **Eine Welt der Menschlichkeit ist möglich**

113 Angesichts der strukturellen Probleme, die hinter dem Umgang mit Flucht und
114 Migration stehen, kann man sich schnell machtlos fühlen. Dabei ist aber klar:
115 Menschen fliehen aus Verzweiflung, Hunger oder Krieg. Keine noch so hohe Mauer,
116 kein noch so spitzer Stacheldraht, keine noch so unmenschliche Behandlung wird
117 einen Menschen von der Flucht abhalten.

118 Die Verschärfungen sind daher auch eine Ablenkungsdebatte, weil man reale
119 Möglichkeiten zur Verbesserung der humanitären Lage nicht finanzieren will.
120 Gerade darauf muss aber der Fokus liegen: Die aufnehmenden Kommunen und die
121 Außengrenzstaaten müssen europaweit besser unterstützt werden. Dies kann nur
122 durch eine verpflichtende solidarische Aufnahme und Verteilung in Europa
123 passieren. Statt einer weiteren Entrechtung und Auslagerung von Asylverfahren
124 braucht es eine würdevolle Unterbringung und einfache Möglichkeiten zur
125 gesellschaftlichen Teilhabe in ganz Europa.

126 Neben diesen notwendigen Reformen ist für uns klar: Wir kämpfen weiter für eine
127 befreite Gesellschaft! Das heißt auch: Ein Recht auf globale Bewegungsfreiheit
128 zu erkämpfen. Menschen dürfen nicht mehr aufgrund ihres Geburtsortes und Passes
129 an einen Ort gebunden sein.

130 Aber es heißt auch: Als Linke innerhalb von Deutschland dafür zu kämpfen, dass
131 durch deutsches (außenpolitisches) Handeln weltweit keine Menschen mehr
132 ausgebeutet werden.

133 Das heißt für uns: Wir müssen eine möglichst starke linke Bewegung innerhalb von
134 Deutschland und innerhalb der Europäischen Union aufbauen. Für die Menschen
135 innerhalb Deutschlands, Europa und Weltweit. Dafür brauchen wir möglichst viele,
136 organisierte Menschen bei uns vor Ort. Das kann ganz konkret in Bündnissen mit
137 der Seebrücke, mit Fridays for Future, den anderen Jugendorganisationen,
138 Gewerkschaften und vielen anderen Akteur*innen sein.

139 Linke Antworten müssen wieder greifbar werden, um den Konservativen und Rechten
140 den Wind aus den Segeln zu nehmen. Dafür werden wir auch weiterhin als gesamter
141 Verband kämpfen.